Stadt Diepholz
Der Bürgermeister

Protokoll

über die

Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft

Sitzungstermin: Mittwoch, den 20.05.2026

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr

Sitzungsende: 17:21 Uhr

Ort, Raum: 49356 Diepholz, Rathausmarkt 1, Rathaus Ratssaal

Tagesordnung:

1 .	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit und Feststellung der Tagesordnung	
2 .	Einwohnerfragestunde	
3 .	Genehmigung des Protokolls vom 25.02.2026	
4 .	Bericht der Verwaltung	
5 .	Änderung/Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung	
5.1 .	Abschaffung der Satzung zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen - Antrag der CDU/FDP-Gruppe vom 03.07.2025	**SV/FD1/034/2025**
5.2 .	Entlastung Straßenausbaubeiträge - Antrag der SPD-Fraktion vom 13.08.2025	**SV/FD1/035/2025**
6 .	Biwak-Platz für Wasserwanderer - Antrag der SPD-Fraktion vom 05.03.2026	**SV/FD1/077/2026**
7 .	Innenstadtentwicklung und Citymanagement-Antrag der SPD-Fraktion vom 23.03.2026	**SV/FD1/078/2026**
8 .	Zusatzvereinbarung der Städte, Gemeinden und Samtgemeinden mit dem Landkreis Diepholz zur Ergänzung der Aufgabenübertragung und zur Kostenverteilung des geförderten Breitbandausbaus in den „weißen Flecken“.	**SV/FD1/003/2026**
9 .	Beteiligung der Stadt Diepholz an der "Landvolk Windpark Lemförde Delta GmbH & Co. KG"	**SV/FD1/002/2026**
10 .	Verschiedenes	
11 .	Fortsetzung der Einwohnerfragestunde	

Anwesende Mitglieder

Herr Stephan Goetz	CDU/FDP-Gruppe	
Herr Gerhard Friedrichs	CDU/FDP-Gruppe	
Herr Ralf Müller	CDU/FDP-Gruppe	
Herr Wilhelm Reckmann	CDU/FDP-Gruppe	
Herr Heinfried Sudmann	CDU/FDP-Gruppe	Vertretung für Herrn

		Marcel Scharrelmann
Herr Ingo Estermann	SPD-Fraktion	
Herr Ralf Evers	SPD-Fraktion	
Herr Ralf Jacobsen	SPD-Fraktion	
Frau Bettina Kuhlmann	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Jan-Christopher Fuchs	beratendes Mitglied	
Herr Torben Kohring	beratendes Mitglied	
Herr Johannes Selker	Fachdienstleiter 1	
Herr Lukas Stierle	Protokollführung	
Herr Andreas Strümpler	Kämmerer	

Abwesende Mitglieder:

Herr Marcel Scharrelmann	CDU/FDP-Gruppe	entschuldigt
Frau Bianca Arkenau	beratendes Mitglied	
Herr Udo Hellebusch	beratendes Mitglied	
Herr Dietmar Gerding-Reimers	Senioren- und Behindertenbeirat	

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit und Feststellung der Tagesordnung

Vorsitzender Goetz eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest. Er erinnert an die Entscheidung aus der vorherigen Sitzung zur Testphase der KI-gestützten Protokollierung und weist darauf hin, dass alle Teilnehmer bei Wortmeldungen das Mikrofon verwenden sollen, um eine korrekte Protokollierung sicherzustellen.

zu 2 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft gerichtet.

zu 3 Genehmigung des Protokolls vom 25.02.2026

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft beschließt mit 8 Ja-Stimmen und einer Enthaltung:

Das Protokoll vom 25.02.2026 wird genehmigt.

zu 4 Bericht der Verwaltung

Kämmerer Strümpler berichtet zunächst über die Teilnahme der Stadt an dem Bundesförderprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“. Er erläutert, dass das eingereichte Projekt, das Allwetterbad, aufgrund der hohen Anzahl von 3.600 Projektskizzen und einer Überzeichnung des Fördertopfes mit beantragten Zuschüssen in Höhe von über 7 Milliarden Euro nicht berücksichtigt wurde. Er weist darauf hin, dass ein neues Förderprogramm speziell für die Sanierung kommunaler Schwimmbäder aufgelegt wurde, dessen Bewerbungsfrist am 19. Juni endet. Die Stadt habe sich mit den bereits vorliegenden Unterlagen erneut beworben, um eine mögliche Förderung aus dem bundesweiten Budget von 225 Millionen Euro zu erhalten.

Im Anschluss stellt Kämmerer Strümpler den Haushaltsverlauf des ersten Quartals vor. Er gibt an, dass die ordentlichen Erträge bei 26,675 Millionen Euro und die ordentlichen Aufwendungen bei 13,769 Millionen Euro liegen, was zu einem Überschuss von 12,906 Millionen Euro führt. Im Vergleich zu den Vorjahren seien die Erträge und Aufwendungen nahezu identisch. Besonders hebt er die Entwicklung der Gewerbesteuer hervor, deren Ansatz für das laufende Jahr von 13 auf 16,5 Millionen Euro erhöht wurde. Bisher seien 15,3 Millionen Euro Sollstellungen erfolgt, davon 15 Millionen Euro Vorauszahlungen und 300.000 Euro Nachzahlungen. Die Sollstellung aller Steuererträge sei nun erfolgt. Somit ist zum 31.03.2026 ein Überschuss im Ergebnishaushalt gegeben, wobei Abschreibungsdaten und Rückstellungen noch nicht berücksichtigt wurden.

Kämmerer Strümpler erläutert weiter, dass die Finanzrechnung Einzahlungen von 11,457 Millionen Euro und Auszahlungen von 9,18 Millionen Euro aufweist, was zu einem Saldo von 2,275 Millionen Euro führt. Im Bereich der Investitionen seien Einzahlungen in Höhe von 462.000 Euro und Auszahlungen von 2,52 Millionen Euro erfolgt, was ein Minus von 2,057 Millionen Euro ergibt. Für die Finanzierungstätigkeit seien 55.844 Euro aufgewendet worden, wodurch sich ein Finanzmittelüberschuss von 217.761 Euro ergibt. Eine Kreditaufnahme sei bislang nicht erforderlich gewesen. Abschließend stellt er den Liquiditätsverlauf dar, der einen Finanzmittelbestand von 27,593 Millionen Euro zu Jahresbeginn und 27,8 Millionen Euro nach dem ersten Quartal ausweist.

FDL Selker berichtet über das Fazit zur Bürgerbeteiligungskampagne zum Allwetterbad, die auf Grundlage eines SPD-Antrags und eines Ratsbeschlusses vom 5. Dezember 2024 durchgeführt wurde. Ziel sei es gewesen, die Bürgerbeteiligungsformate zu evaluieren und mögliche Ergänzungen für die Verwaltungsabläufe zu identifizieren. Er beschreibt den zeitlichen Ablauf der Kampagne, die am 11. Januar 2024 mit einer Zeitungsbeilage begann und verschiedene Formate wie Workshops, Besichtigungen, eine Social-Media-Kampagne, Informationsvideos und eine Podiumsdiskussion umfasste. Er führt weiter aus, dass sich an die Bürgerbeteiligungskampagne ein Bürgerbegehren und ein Bürgerentscheid anschlossen. Der Antrag auf den Bürgerentscheid sei am 14. April 2025 eingegangen, und am 28. April 2025 habe der Verwaltungsausschuss die Voraussetzungen für das Bürgerbegehren beschlossen. Die Unterschriftensammlung habe 3.352 gültige Unterschriften erbracht. Der Bürgerentscheid fand am 25. Januar 2026 statt, wobei 4.327 von 13.742 Wahlberechtigten ihre Stimme abgaben, was einer Wahlbeteiligung von 31,49 % entspricht.
Auf Nachfrage von RH Estermann erläutert Herr Selker, dass für zukünftige Projekte dieser Größe die in diesem Prozess verwendeten Beteiligungsmaßnahmen als Grundlage für die weitere Beteiligung dienen werden.

RF Kuhlmann regt an, auch die Prozessgestaltung vor der Bürgerbeteiligungskampagne zu evaluieren, da das Projekt Allwetterbad bereits länger in der Bürgerschaft diskutiert worden sei. FDL Selker bestätigt, dass die Verwaltung erkannt habe, dass frühzeitigere und umfassendere Beteiligungsformate notwendig seien.

RH Reckmann hebt die Bedeutung der Kosten-Nutzen-Abwägung bei zukünftigen Beteiligungsformaten hervor. RF Kuhlmann merkt an, dass das Fazit der Bürgerbeteiligungskampagne auch öffentlich kommuniziert werden sollte. FDL Selker erklärt, dass dies im Rahmen der Berichterstattung und Veröffentlichung auf den städtischen Kanälen erfolgen werde.

RH Estermann erkundigt sich nach dem weiteren Umgang mit Punkt 2 des Beschlusses, der die Ergänzung von Beteiligungsformaten in die Verwaltungsabläufe vorsieht. FDL Selker erläutert, dass die Verwaltung weitere Formate prüfen und gegebenenfalls externe Fachbüros hinzuziehen werde. Zudem seien Anregungen aus dem politischen Kreis willkommen. Der Prozess werde fortgeführt, und die Ergebnisse würden zu gegebener Zeit vorgestellt.

zu 5 Änderung/Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung

zu 5.1 Abschaffung der Satzung zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen - Antrag der CDU/FDP-Gruppe vom 03.07.2025 Vorlage: SV/FD1/034/2025

RH Reckmann erläutert den Antrag für die CDU/FDP-Gruppe. Der Ausbau und die Unterhaltung von kommunalen Straßen sei als kommunale Kernaufgabe anzusehen und die Kosten dafür sollten nicht auf die Anlieger abgewälzt werden. RH Reckmann hebt hervor, dass bereits über 50 % der Kommunen in Niedersachsen die Satzung abgeschafft hätten. Verschiedene Modelle zur Senkung der Beitragssätze seien geprüft worden, jedoch sei man zu dem Schluss gekommen, vollständig auf die Erhebung der Beiträge zu verzichten. Er betont, dass die Finanzierung der Ausbaukosten aus allgemeinen Haushaltsmitteln mit einem geringeren Verwaltungsaufwand verbunden sei, Rechtsstreitigkeiten vermeide und die Akzeptanz der Anlieger bei notwendigen Ausbaumaßnahmen erhöhe.

RH Estermann stellt Fragen zu den finanziellen Folgekosten des Beschlusses sowie zu den Auswirkungen auf Sanierungsgebiete. FDL Selker erläutert, dass sämtliche Kosten für Straßenausbaumaßnahmen von der Stadt getragen werden müssten. Eine konkrete Prognose über die Höhe der Kosten sei jedoch schwierig, da diese von den tatsächlich durchgeführten Maßnahmen und Projekten abhingen, die wiederum von den Haushaltsentscheidungen der Stadt Diepholz abhängig seien. Bezüglich der zweiten Frage erläutert FDL Selker, dass in Sanierungsgebieten weiterhin Ausgleichsbeiträge erhoben würden.
RH Estermann stellt dazu einen Änderungsantrag. Dieser sieht eine Reduzierung der Anliegeranteile und die Einführung einer zinslosen Ratenzahlung für Straßenausbaubeiträge vor. Er führt aus, dass eine vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge aus Sicht seiner Fraktion aufgrund der unklaren finanziellen Auswirkungen nicht vertretbar sei.

RH Sudmann äußert Bedenken hinsichtlich der Berechnungsgrundlage des Antrags und hinterfragt den Verwaltungsaufwand, der durch eine 20-jährige Ratenzahlung entstehen würde. Er argumentiert, dass die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gerecht sei, da der Verkehr auf den Straßen von der Allgemeinheit genutzt werde und nicht nur von den Anliegern.
RH Reckmann ergänzt, dass seine Fraktion ebenfalls verschiedene Modelle geprüft habe, jedoch zu keiner tragfähigen Lösung gekommen sei. Er hebt den hohen Verwaltungsaufwand hervor, der durch eine langfristige Ratenzahlung entstehen würde, und spricht sich gegen den Antrag aus.
RH Evers zeigt sich irritiert über die fehlenden konkreten Zahlen und Prognosen zu den finanziellen Auswirkungen der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Er kritisiert, dass keine belastbaren Daten vorgelegt worden seien, und fordert ein Programm, das die Priorisierung von Straßensanierungen in der Stadt Diepholz und Umgebung klar darstellt. Er warnt vor den finanziellen Konsequenzen einer Abschaffung und stellt die Frage, wie zukünftige Straßensanierungen finanziert werden sollen.
FDL Selker erklärt, dass derzeit keine belastbaren Zahlen oder Planungen für zukünftige Straßensanierungen vorlägen, da weder Kostenschätzungen noch konkrete Planungen existierten. Er verweist darauf, dass der Fachdienst 3 regelmäßig Prioritätenlisten für Straßensanierungen erstelle und diese in den zuständigen Gremien beraten würden.

RF Kuhlmann beantragt, den Änderungsantrag vorberatend in die Fraktionen zu geben, da sie sich erst am Sitzungstag mit dem umfangreichen Antrag habe auseinandersetzen können.

RH Sudmann fragt nach Zahlen aus der Vergangenheit, um die finanziellen Auswirkungen besser einschätzen zu können. FDL Selker bestätigt, dass entsprechende Daten vorlägen und diese dem Protokoll nachgereicht würden.
RH Müller weist darauf hin, dass bereits jetzt die Möglichkeit einer Ratenzahlung für Straßenausbaubeiträge bestehe, diese jedoch in der Regel verzinst werde.

RH Estermann betont abschließend, dass seine Fraktion mit ihrem Antrag eine Veränderung anstrebe, die auf den rechtlich möglichen Optionen der Verwaltung basiere. Er hebt hervor, dass die vorgeschlagene zinslose Ratenzahlung eine planbare und liquiditätsschonende Lösung darstelle.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft lehnt den Antrag der RF Kuhlmann mit 4 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen ab:

> Der Beschluss wird als vorberaten erklärt.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft lehnt den Änderungsantrag der SPD-Fraktion mit 3 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und einer Enthaltung ab:

1. Die Verwaltung erarbeitet einen Vorschlag zur deutlichen Reduzierung, der von den Anliegern zu tragenden Anteile.
2. Die Verwaltung führt in der Satzung die Möglichkeit einer jährlichen zinslosen Ratenzahlung von bis zu 20 Jahren ein.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft empfiehlt mit 5 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und einer Enthaltung:

> Die Satzung über die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen in der Stadt Diepholz wird mit Wirkung zum 01.01.2027 abgeschafft.

zu 5.2 Entlastung Straßenausbaubeiträge - Antrag der SPD-Fraktion vom 13.08.2025
Vorlage: SV/FD1/035/2025

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde zurückgezogen.

zu 6 Biwak-Platz für Wasserwanderer - Antrag der SPD-Fraktion vom 05.03.2026
Vorlage: SV/FD1/077/2026

RH Estermann erläutert den Antrag für die SPD-Fraktion. Er führt aus, dass die Schaffung eines attraktiven Angebots für Wasserwanderer im Innenstadtbereich angestrebt werde. Ziel sei es, touristisch und sportlich interessierte Menschen anzusprechen und Diepholz als attraktiven Zwischenstopp zu etablieren.

RH Friedrichs signalisiert Unterstützung für den Antrag, schlägt jedoch eine Änderung vor. Er regt an, die Verwaltung zu beauftragen, den optimalen Standort für den Biwak-Platz in Diepholz zu prüfen.
RH Reckmann äußert ebenfalls Zustimmung zum Vorhaben, äußert jedoch Bedenken hinsichtlich des im Antrag genannten Standorts. Er erklärt, dass die FDP-Fraktion sich die Umsetzung eher in der Nähe des Rathauses vorstellen könne, insbesondere im Zusammenhang mit den Bauarbeiten am Wehr.

Abschließend lässt Vorsitzender Goetz über den Antrag mit der vorgeschlagenen Änderung abstimmen.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft empfiehlt einstimmig:

> Die Stadt Diepholz weist einen Biwak-Platz für Wasserwanderer aus und ermittelt dazu den optimalen Standort.

zu 7 Innenstadtentwicklung und Citymanagement-Antrag der SPD-Fraktion vom 23.03.2026
Vorlage: SV/FD1/078/2026

RH Estermann erläutert den Antrag für die SPD-Fraktion. Er hebt die positiven Entwicklungen in der Fußgängerzone hervor, betont jedoch, dass zusätzliche Maßnahmen notwendig sind, um die Innenstadt nachhaltig zu beleben, und fordert externe Unterstützung für das Citymanagement. Er kritisiert, dass das bisherige City Management eher als Stadtmarketing und Eventmanagement fungiert habe und nicht im eigentlichen Sinne genutzt worden sei.

RH Friedrichs äußert Skepsis gegenüber der Einbindung externer Partner. Er verweist darauf, dass in der Vergangenheit bereits externe Beratungen in Anspruch genommen worden seien, diese jedoch keine nennenswerten Fortschritte gebracht hätten. Er erwähnt, dass Frau Bünnemeyer aus der Wirtschaftsförderung kürzlich als zertifizierte Citymanagerin ausgebildet worden sei und schlägt vor, ihr mehr Stunden für diese Aufgabe zuzuweisen, anstatt erneut externe Beratung in Anspruch zu nehmen.

RH Estermann entgegnet, dass die Übertragung zusätzlicher Aufgaben auf bestehende Stellen nicht zielführend sei. Er betont, dass mehr Ressourcen erforderlich seien und dass externe Impulse der Stadt Diepholz gut tun würden.

RF Kuhlmann unterstützt die Einbindung externer Impulse und betont, dass interne Lösungen in den vergangenen Jahren nicht ausreichend gewesen seien. Sie sieht in externen Ideen eine Chance, neue Ansätze für die Innenstadtentwicklung zu finden, und spricht sich für den Antrag der SPD aus.

RH Reckmann äußert sich ebenfalls kritisch gegenüber externer Beratung. Er verweist darauf, dass bereits in der Vergangenheit externe Unterstützung in Anspruch genommen worden sei, ohne dass dies zu signifikanten Fortschritten geführt habe.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft empfiehlt mit 4 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen:

> Die Stadtverwaltung wird beauftragt, externe Kooperationen zu prüfen und Möglichkeiten zu deren Einbindung in die Diepholzer Innenstadtentwicklung zu analysieren. Ziel ist es, mehr Ressourcen für das „Citymanagement“ zu gewinnen und durch praxiserprobte Ansätze zu ergänzen und zukunftsfest aufzustellen.

zu 8 Zusatzvereinbarung der Städte, Gemeinden und Samtgemeinden mit dem Landkreis Diepholz zur Ergänzung der Aufgabenübertragung und zur Kostenverteilung des geförderten Breitbandausbaus in den „weißen Flecken“.
Vorlage: SV/FD1/003/2026

FDL Selker berichtet, dass der Landkreis Diepholz in Zusammenarbeit mit seinen Städten und Gemeinden eine Vereinbarung zum Ausbau des Breitbandnetzes getroffen habe. Ziel sei es gewesen, die sogenannten „weißen Flecken“ mit Breitbandanschlüssen zu versorgen. Mittlerweile seien etwa 95 % dieser Gebiete angeschlossen. FDL Selker hebt hervor, dass das Projekt erfolgreicher verlaufen sei, als ursprünglich prognostiziert. Er führt weiter aus,

dass die gestiegenen Investitionen zu einer Gesamtsumme von über 207 Millionen Euro geführt hätten, die der Landkreis über seinen Eigenbetrieb investiert habe. Aufgrund dieser Entwicklungen habe man sich auf Ebene der Bürgermeister mit dem Landkreis darauf verständigt, eine Zusatzvereinbarung zu schließen. Diese solle die Kostenverteilung dahingehend regeln, dass zukünftige Anschlüsse vom Eigenbetrieb des Landkreises begleitet würden.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft empfiehlt einstimmig:

> Der Zusatzvereinbarung zur „Vereinbarung zur „Breitbandförderung im Landkreis Diepholz“-Gemeinsames Förderverfahren des Bundes und Landes“ sowie Zusatzvereinbarung zur „Vereinbarung über die Kostenverteilung für den Breitbandausbau im Landkreis Diepholz“ wird zugestimmt und der Auftrag erteilt, diese zu unterzeichnen.

zu 9 Beteiligung der Stadt Diepholz an der "Landvolk Windpark Lemförde Delta GmbH & Co. KG"
Vorlage: SV/FD1/002/2026

Kämmerer Strümpler erläutert, dass im Bereich Lemförde ein Windpark durch das Landvolk repowered werde. Die Stadt Diepholz könne sich mit einem Betrag von maximal 100.000 Euro beteiligen. Die Laufzeit der Beteiligung sei auf 20 Jahre angelegt, Insgesamt werde eine Rückzahlung von über 300 % prognostiziert. Kämmerer Strümpler weist jedoch darauf hin, dass diese Prognosen angesichts der dynamischen Entwicklungen im Bereich der Windenergie und der damit verbundenen finanziellen Rahmenbedingungen schwer einzuschätzen seien.

RH Sudmann erläutert, dass mit der Beteiligung gewisse Risiken verbunden seien, die derzeit nicht vollständig absehbar seien. Seine Fraktion habe sich gegen die Beteiligung ausgesprochen und plädiere stattdessen dafür, in der Kommune selbst aktiv zu werden.

RH Estermann schließt sich der Meinung von RH Sudmann an und erklärt, dass auch die SPD-Fraktion die Beteiligung kritisch sehe. Obwohl das Angebot zunächst verlockend klinge, sei man der Auffassung, dass die Stadt Diepholz ihre Investitionen auf Projekte innerhalb des eigenen Stadtgebiets konzentrieren solle. Er verweist auf bestehende Maßnahmen im Klimaschutzprogramm, die noch umgesetzt werden müssten, und betont, dass die verfügbaren Mittel besser in diese Projekte investiert werden sollten.

RH Reckmann äußert, dass eine Beteiligung am Windpark in Lemförde nur dann in Betracht gezogen werden könne, wenn die Stadt über ausreichende finanzielle Mittel verfüge und es sich um eine reine Geldanlage handele. Angesichts der finanziellen Lage der Stadt sei dies jedoch nicht der Fall. Er spricht sich ebenfalls dafür aus, Investitionen auf das eigene Stadtgebiet zu konzentrieren.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft empfiehlt einstimmig:

> Der Rat der Stadt Diepholz beschließt, sich nicht an der „Landvolk Windpark Lemförde Delta GmbH & Co. KG“ zu beteiligen.

zu 10 Verschiedenes

Es werden keine Punkte behandelt.

zu 11 Fortsetzung der Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen an den Ausschuss gerichtet.

Vorsitzender Goetz beendet um 17:21 Uhr den öffentlichen Teil der Ausschusssitzung.

gez. Stephan Goetz	*gez. Stierle*	*gez. Selker*
Vorsitzende/r	Protokollführer	Fachdienstleiter